

Backbord

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Kiel

Nr. 16

März 2011

Stoppt den weltweiten Einsatz der Kriegsmarine

In einer bunten, sicherlich sehr teuren Broschüre der Landeshauptstadt Kiel mit dem Titel „Kiel – Heimathafen der Marine“ schreiben Oberbürgermeister Torsten Albig und Stadtpräsidentin Cathy Kietzer unter der Überschrift „Unzertrennlich!“. „Wir Kielerinnen und Kieler sind stolz darauf, dass unsere Stadt mit über 4000 Dienstposten der größte Militärstandort in Schleswig-Holstein ist und wir unserer Marine in der Förde beste Übungsmöglichkeiten bieten können. Nicht nur wegen der ‚Gorch Fock‘ trägt Kiel die Marine im Herzen.“ Und: **„Kiel ist der perfekte Standort für eine Marine im weltweiten Einsatz.“**

Aus dem Konkurrenzkampf mit anderen Militärstandorten möchte Kiel als Sieger hervorgehen, wenn im Rahmen der Bundeswehr-Strukturreform Standorte geschlossen und militärische wie zivile Arbeitsplätze gestrichen werden. Dafür wirbt auch ein Bündnis, das auf Betreiben der Kieler CDU zustande gekommen ist und dem

neben dem Deutschen Bundeswehrverband, dem Deutschen Marinebund, der IHK zu Kiel, dem katholischen Dekanat, dem Kirchenkreis Altholstein, der Kreishandwerkerschaft, dem Kreissportverband, der Kieler CDU, FDP und SPD, dem Reservistenband, dem Unternehmensverband und dem Verband der Beamten der Bundeswehr - auch der Kieler DGB mit seinem Vorsitzenden Ralph Müller-Beck beigetreten ist. „Kiel steht zur Bundeswehr!“ verkündete er bei der Gründung des Bündnisses.

Wir wollen für den Frieden arbeiten!

Seine Polemik gegen die Pläne zur Modernisierung der Bundeswehr beschränkt sich darauf, die Gefährdung von - so seine Angaben auf einer Konferenz der Gewerkschaft ver.di im November 2010 - unmittelbar 7.500 und mittelbar 15.000 Arbeitsplätzen anzuprangern. „Das kann die Stadt nicht verkraften!“

Alle gemeinsam gegen die Nazis – Wir können sie stoppen!

20000 Menschen haben am 19. Februar in Dresden einen Massenaufmarsch von Faschisten verhindert. Trotz Behinderung durch Gerichte und Polizei, die den Nazis die Straße überlassen wollten. Eine großartige Aktion zivilen Ungehorsams!

Am 26. März wollen die Nazis durch Lübeck marschieren, und auch hier gilt: Wir können sie stoppen! Kieler Antifaschistinnen und Antifaschisten: Auf nach Lübeck am 26.03!

Nähere Informationen im Internet unter „Wir können sie stoppen“. In Kiel führt die Gewerkschaft ver.di zusammen mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und dem Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus eine Informationsveranstaltung zur „Extremismusklausel“ und für die Mobilisierung nach Lübeck durch:

Mittwoch, 16. März, 19 Uhr im „Legienhof“ des Gewerkschaftshauses, Legienstr. 22.

Hier müssen sich die Gewerkschaften fragen lassen: Ist das alles, was wir dazu zu sagen haben? Können sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter umstandslos mit der deutschen Kriegsmarine identifizieren?

Nicht nur der DGB, sondern auch der ver.di-Fachbereich 6 hat sich dem Bündnis angeschlossen – der ver.di-Bezirksvorstand Kiel-Plön allerdings (noch?) nicht. Im genannten Fachbereich sind unter anderem die Beschäftigten des Kieler Marinearsenals organisiert.

„Gegen den drohenden Personalabbau demonstrierten die Beschäftigten des Marinearsenals Kiel am 28.7.2010 beim Besuch des Verteidigungsministers in Wilhelmshaven für den Erhalt des Arsenal Kiel und den damit verbundenen Erhalt ihrer Arbeitsplätze“, heißt es in einer ver.di-Mitteilung.

In einer die Beschäftigten aller Marine-Standorte einbeziehenden Erklärung von Vertrauensleuten aus Kiel, Warnemünde, Eckernförde und Wilhelmshaven, die sich an Minister Guttenberg wendet, argumentierte ver.di im August 2010 unter anderem so: „Wir nehmen an, dass Sie die Auffassung von Herrn Kapitän zur See Markus Krause-Traudes: ‚Die Sicherheit Deutschlands als größte Industrie- und Handelsnation Europas besitzt eine wichtige maritime Dimension. Sicherheit im 21. Jahrhundert angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen und zunehmender Globalisierung aller Lebensbereiche ist global angelegt. Unser Globus, ..., ist zu 7/10 mit Wasser bedeckt und bildet daher die gewaltige, alles umfassende und unzerstörbare maritime Rollbahn zur Projektion wirtschaftlicher und militärischer Macht (nachzulesen in ‚Die Deutsche Marine‘ Ausgabe 8/2010, Seite 6).‘ mit uns teilen.“ Anschließend wird die Wichtigkeit der Arbeit der in den Marinearsenalbetrieben und Wehrtechnischen Dienststellen Beschäftigten zur Bewältigung der „Bedarfe, Erfordernisse und Herausforderungen der Deutschen Marine“ hervorgehoben; die seit Jahren fortgesetzte Personalreduzierung erschwere allerdings diese Bewältigung. - **Kein Wort der Kritik an deutscher**

Weltmachtspolitik. Im Gegenteil: Ihre unverhohlene Unterstützung. Das ist nicht hinzunehmen!

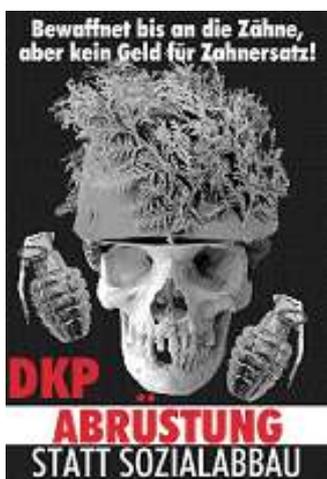
Selbstverständlich ist es auch überhaupt nicht hinzunehmen, dass Tausende Kolleginnen und Kollegen hier (wie überall in der Logik kapitalistischen Wirtschaftens, die auch das Handeln der „Öffentlichen Hand“ bestimmt) schlicht als Kostenfaktoren betrachtet und bei Bedarf als solche eliminiert werden. Aber sich dagegen zu wenden, ohne auch nur den Gedanken zu äußern, dass man ja eigentlich etwas viel Besseres machen könnte und möchte, als für die Rüstung, für Krieg und Tod zu produzieren, ist für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter beschämend. Sich im Protest gegen die Tatsache, dass im Zuge der Bundeswehr-„Strukturreform“ viele Tausend Menschen mit einem Federstrich ihren

Arbeitsplatz verlieren sollen, kritiklos ins Fahrwasser der Militaristen zu begeben, ist das Letzte, was sich eine Gewerkschaft leisten dürfte. Es wäre nicht das Festhalten an gewerkschaftlichen Grundsätzen, es wäre die Aufgabe ihrer eigentlichen Existenzgrundlage.

Das Fehlverhalten fängt schon da an, wo Guttenbergs Pläne schlicht als „Sparkonzept“ bezeichnet werden. Es geht vor allem um den Umbau der Bundeswehr zu einer

leistungsfähigeren Interventionsarmee, die ihrem verfassungswidrigen und völkerrechtswidrigen Treiben in aller Welt, das nicht zuletzt zur Sicherung der Rohstoffzufuhr für die deutsche bzw. in Deutschland ansässige Industrie dienen soll, weltweit immer besser nachgehen kann. Diesem Ziel müssen sich die Gewerkschaften im Bündnis mit allen GegnerInnen von Militarismus und Krieg entgegenstellen. Die Organisation einer großen Friedensbewegung ist ein dringendes Gebot der Stunde. Ebenso gilt es, dem sich bereits vollziehenden Ausbau der Bundeswehr zu einer Bürgerkriegsarmee Widerstand zu leisten und den Werbefeldzügen der Militaristen in Schulen und Arbeitsagenturen entgegenzutreten.

Was nutzen all diese Überlegungen den von Erwerbslosigkeit bedrohten KollegInnen und ihren Familien? Nun, nur solche Überlegun-



gen können helfen, zukunftsorientierte Forderungen aufzustellen und für ihre Durchsetzung zu kämpfen. Rüstungskonversion ist ein entscheidendes Stichwort:

Umstellen auf Friedensproduktion!

Die Anlagen sind vorhanden, hervorragend ausgebildete Menschen, alle Bedingungen zur Fortsetzung hervorragender Ausbildung für Jugendliche. Die Regierungen müssen gezwungen werden, die Menschen nicht in Perspektivlosigkeit und Armut fallen zu lassen. Die Gewerkschaften sind besonders gefordert, den notwendigen Prozess der Neuorientierung im Denken und Handeln zu organisieren, den Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung mit dem Kampf für wirkliche soziale Reformen zu verbinden. Dazu gehört auch:

Arbeitszeitverkürzung für alle!

Und das bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Gute Arbeit! Gutes Leben! Diese Schlagworte sind in der Gewerkschaftsdiskussion populär geworden. Sie sind grundsätzlich nicht vereinbar mit der Produktion von Mordwerkzeug im Dienste des deutschen Imperialismus. Dennoch führt die Angst um den Arbeitsplatz und das Fehlen einer als realisierbar angesehenen Perspektive bei vielen KollegInnen nicht nur in ver.di zu fatalen Reaktionen. Gerade in der IG Metall eskaliert in einigen Betrieben und Bezirken der Protest gegen drohenden Arbeitsplatzverlust in direkte Forderungen nach Ausweitung der Rüstungsproduktion. In Kiel erleben wir das beim U-Boot-Bau. Es ist aber auch, noch drastischer, zu erleben in den Produktionsstätten für den Eurofighter. Wer eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten will, eine andere Steuerpolitik, eine Stärkung der kommunalen Finanzen usw., der kann doch auch nicht zulassen, dass Milliarden Euro in der Produktion dieses Mordwerkzeugs verschleudert werden!
D.L.

Torsten Albig - kein Hoffnungsträger

Mit der Erhebung Torsten Albigs zu ihrem Spitzenkandidaten für die kommende Landtagswahl hat die SPD in Schleswig-Holstein dem Anschein, es handele sich hier um einen besonders linksorientierten Landesverband, selbst ein Ende bereitet. Albig ist ein Mann der Agenda 2010, Vertreter von Hartz IV und weiteren Maßnahmen des Sozialabbaus. Dafür hat er oftmals Lob von der CDU erfahren, die er nun von der Macht ablösen will. So, wie dies Olaf Scholz – ebenfalls ein Partei-Rechter – in Hamburg gelungen ist. Die arbeitenden Menschen, die Erwerbslosen und Ausgegrenzten haben nichts von CDU-Politik mit SPD-Tünche. Sie werden sich zu verstärktem Widerstand gegen asoziale Politik zusammenfinden müssen, vor und nach der Landtagswahl in SH.

„Reform“ des Gesundheitswesens

Die paritätische Finanzierung wurde von der schwarz/gelben Regierung erneut und jetzt völlig aufgehoben. Ab 2011 ist der Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung auf 7,3 % eingefroren. Wir in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten müssen ab 2011 8,2 % aufbringen. Aber damit nicht genug! Zukünftige Beitragsanhebungen der Krankenkassen sollen allein von uns Versicherten gezahlt werden.

Paritätische Versicherung heißt: Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen den Beitrag je zur Hälfte. Veränderungen von diesem sozialen Prinzip hat es schon viele gegeben, immer unter dem Deckmantel „Reform“. Jeder von uns weiß, wofür wir Versicherten allein zur

Kasse gebeten werden (z.B. Zuzahlung bei Medikamenten, Praxisgebühr).

Diese „Reform“ ist ein einziger Skandal. Sie bedeutet:

- den Einstieg in die Kopfpauschale
- eine unsoziale, unzumutbare Belastung der unteren Einkommensschichten (seien es Erwerbstätige, Rentner oder Hartz IV-Empfänger)

Eine wirksame Ausgabenreduzierung (Stichwort: Medikamente/Pharmaindustrie) findet nicht statt.

So kann es nicht weitergehen Notwendig ist:

- die Finanzierung muss wieder paritätisch (50/50) erfolgen

- die Einkommensseite muss durch die Einführung einer Bürgerversicherung, die alle Einkommen (z.B. auch aus Kapital- u. sonstigen Erträgen) in voller Höhe zur Finanzierung heranzieht, gestärkt werden
- der Selbstbedienungsladen der Pharmaindustrie muss endlich geschlossen werden.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der das Kapital regiert. Die Herrschenden in dieser Gesellschaft, dem Kapitalismus, können und wollen nichts zu Gunsten für die Bevölkerungsmehrheit verändern. Oberste Maxime ist der Profit. Das gilt auch für das

Gesundheitswesen. „Kluge Leute“ haben festgestellt, dass das Gesundheitswesen **ein wachsender Markt** sei. Wir lehnen eine Gesellschaft ab, in der alles zur Ware wird. Diese Gesellschaft muss grundlegend verändert werden. **Unser Ziel ist Sozialismus.** Darauf können wir natürlich nicht warten.

Was ist jetzt zu tun? – Selbst aktiv werden. Um Veränderungen herbeizuführen, müssen wir uns wehren, den Protest auf der Straße verstärken. **Es gibt nichts Gutes - außer man tut es!**

G.K.

Der Kommunismus: Das Einfache, das schwer zu machen ist



Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht.
 Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen.
 Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm.
 Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig.
 Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.
 Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen.
 Wir aber wissen:
 Er ist das Ende der Verbrechen.
 Er ist keine Tollheit.
 Er ist nicht das Chaos
 Sondern die Ordnung.
 Er ist das Einfache
 Das schwer zu machen ist

B. Brecht

In Deutschland ist in den letzten Wochen wieder ein Gespenst aufgetaucht, und das Gespenst heißt wieder einmal **Kommunismus**.

„Wo bitte geht's zum Kommunismus?“ hatte die Zeitung „junge welt“ sechs linke Frauen gefragt, darunter Gesine Löttsch, Vorsitzende der Partei „Die Linke“ und Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP. Ein Sturm der Entrüstung wehte insbesondere über Frau Löttsch hinweg, die es als PdL-Vorsitzende und Abgeordnete des Bundestages wagte, das Wort „Kommunismus“ in den Mund zu nehmen. Prompt folgten Ordnungsrufe von CDU, SPD, FDP und sogar aus der eigenen Partei: Das K-Wort dürfe gefälligst nur dann in den Mund genommen werden, um Verbrechen und politische Maßnahmen zu geißeln, die im Namen des Sozialismus /

Kommunismus begangen wurden (Stalin, Mauer). Wer, wie die Partei „Die Linke“ davon träumt, in absehbarer Zeit auch auf Bundesebene ins Regierungsboot geholt zu werden, muss erst einmal die Reste ihrer kommunistischen Identität entsorgen – sagen Gabriel und Gysi.

Die Deutsche Kommunistische Partei – wie der Name schon sagt – hält an der kommunistischen Tradition und an einer kommunistischen Zukunftsperspektive fest. Das heißt nicht, dass sie sich unkritisch gegenüber den im Namen der kommunistischen Bewegung und in den sozialistischen Ländern begangenen Fehlern, vielfachem Unrecht und großen Verbrechen verhält. Ganz im Gegenteil. Wir haben uns, wie in unserem Parteiprogramm nachzulesen ist,

mit dieser Vergangenheit kritisch und selbstkritisch auseinandergesetzt.

Aber darum geht es der aufgeschreckten Medien- und Parteienmeute in Wirklichkeit ja gar nicht.

Der politische Hauptzweck der jetzigen antikommunistischen Kampagne ist klar: Den Menschen soll vorgegaukelt werden, dass es zum Kapitalismus keine gesellschaftliche Alternative gibt, dass die Weltgeschichte mit der herrschenden Gesellschaftsform den Hoch- und Endpunkt der menschlichen Zivilisation erklimmen hat. Und es soll vergessen gemacht werden, was der Kapitalismus alles an Verbrechen hervorgebracht hat: Weltkriege, Kolonialismus, Rassismus, Faschismus. Aber auch der ganz gewöhnliche Kapitalismus ist weit davon entfernt, die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Hunger, unmenschliche Arbeitsbedingungen, Obdachlosigkeit, fehlender Zugang zu Trinkwasser, Krankheit und Tod durch mangelhafte Ernährung, fehlende medizinische Versorgung sind nur einige Stichworte, die unsere heute Welt charakterisieren.

Kein Wunder, dass wieder mehr Menschen verstärkt über gesellschaftliche Alternativen nachdenken. Die tiefe weltweite kapitalistische Wirtschaftskrise, grundlegende gesellschaftliche Umgestaltungsprozesse in China, Lateinamerika und vielleicht jetzt auch in Nordafrika führen immer mehr Menschen vor Augen, dass man über den Tellerrand des Kapitalismus hinausschauen muss, um grundlegend andere und sozial gerechte Antworten auf die brennenden Fragen im Sinne der

Mehrheit der Menschheit zu finden – wenigstens zu suchen.

Marx, Engels und Lenin sahen im Kommunismus eine Gesellschaftsform, die nicht nach einem ausgedachten Ideal errichtet werden soll, sondern die sich durch den Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten im Klassenkampf herausbildet. Die kommunistische Gesellschaft beruht auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln. Auf dieser Grundlage wird das gesellschaftliche Leben so organisiert, dass alle Menschen ihre individuellen Anlagen frei entfalten können; die kommunistische Gesellschaft schreibt auf ihre Fahne: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

In ihrem Programm schreibt die DKP: Der Sozialismus (als erste Phase der kommunistischen Gesellschaft) kann nur das Ergebnis des Wollens und Handelns der Arbeiterklasse und der mit ihr verbundenen Kräfte, das Ergebnis von demokratischen Massenaktionen sein. Mit der erkämpften politischen Macht und dem gesellschaftlichen Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln werden die sozialen Lebensbedingungen, werden die demokratischen Rechte und Freiheiten für die Mehrheit der Bevölkerung erheblich erweitert. Künftige sozialistische Gesellschaften werden sich in vielem von denen unterscheiden, die im 20. Jahrhundert in Europa aufgebaut wurden. Die positiven wie die negativen Erfahrungen, die im realen Sozialismus gewonnen wurden, sollten dabei für die Zukunft nutzbar gemacht werden.

G. S.

100 Jahre und wir sind kein bisschen leise...!



"Wenn eine Frau zur Realität durchdringt, lernt sie ihren Zorn kennen, und das heißt, sie ist bereit zu handeln.“ Dieses Zitat von Mary Daly bringt zum Ausdruck, wie 100 Jahre

Internationaler Frauentag zusammen kommen. Karl Marx und Friedrich Engels haben den Grad der weiblichen Emanzipation als das natürliche Maß für die

allgemeine Emanzipation des Menschen erklärt. Gemessen daran, klafft trotz aller Fensterreden und Gleichheitsgerede der Politik eine große Kluft. Frauen haben in den vergangenen 100 Jahren vieles durch ihre eigene Kraft verändert – geschenkt wurde ihnen nie etwas. Heute geht es darum, Erträgliches zu verteidigen und gleichzeitig einen neuen Morgen zu fördern. Neoliberale Politik will vernebeln und gaukelt vor, Gleichberechtigung und Gleichstellung zu realisieren. Dabei kommt dann doch nur Hartz IV, Altersarmut, Flexibilisierung der Arbeit und Sexismus zum Vorschein. Beispiele weiblicher Protagonistinnen dieser Politik sind Angela Merkel und Ursula von der Leyen. Sie sind daran beteiligt, wenn der Reichtum von unten nach oben verteilt wird. Deshalb ist es richtig, wenn Frauen laut bleiben.

Wenn es um Frauenrecht und Frauenbewegung geht, ist damit untrennbar Clara Zetkin verbunden. Sie ist die Initiatorin des Internationalen Frauentages auf der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. 8. 1910 in Kopenhagen gewesen. Ihre Forderung nach dem allgemeinen Frauenwahlrecht wurde durch die Novemberrevolution 1919 erfüllt.

Frauen haben heute gleichen Zugang zu Bildung, ja sogar die besseren Abschlüsse. Heute streiten KommunistInnen in der DKP weiter für Frauenrechte. Alle, die uns kennenlernen wollen, laden wir zu unseren Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag 2011 ein. Oder einfach bei www.kommunisten.de vorbeischaun.

Sofortforderungen der DKP

Der 8. März muss gesetzlicher Feiertag werden!

Sofortmaßnahmen gegen Frauenarmut!

Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro und Arbeitszeitverkürzung jetzt!

Weg mit Hartz IV - Verbot der Leiharbeit und prekärer Beschäftigung!

Neue Männer und mutige Frauen braucht das Land!



Wie ein Stück Lebensqualität dem Kapitalismus geopfert wird

Die Krise und ihre Folgen...

Kiel 2011. Es ist immer noch Krise. Auch wenn Politik, Ifo-Institut, Banken und Presse den Aufschwung herbeischreien, sieht es so aus, als würde die Krise bei den jungen Menschen gerade erst beginnen. Während Milliarden für Bankenrettungsschirme ausgegeben werden und per Kurzarbeit die Konzerne subventioniert werden, steigt die Jugendar-

beitslosigkeit und sinken die Möglichkeiten sinnvoller Freizeitbeschäftigung.

...für die Bädersituation in Kiel

Die Stadt Kiel hat kein Geld mehr. Das ist vor allem eine Folge des von Bund und Land forcierten Ausblutens der Kommunen, denn irgendwo muss das Geld für die Rettungsschirme für Banken und Konzerne ja herkom-

men. Nun will die Stadt bei den Schwimmbädern kürzen, um ihre Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Längerfristig sollen die Schwimmhalle in Gaarden und das Freibad Katzheide geschlossen werden – die letzten Bäder, die es in Kiel überhaupt noch gibt!*

Als Ersatz soll ein Zentralbad gebaut werden. Da der Stadt aber dafür das nötige Geld fehlt und das Land SH Kredite verweigert, soll das Zentralbad als PPP-Projekt (PPP = PublicPrivatePartnership) finanziert werden. Das funktioniert ungefähr so: Die Stadt bezahlt einen privaten Investor, der das Bad für die Stadt baut und betreibt. Die Stadt zahlt dafür Summen, die ein viel höher sind, als sie der Bau kosten würde, wenn sie selbst das Bad bauen würde. Zusätzlich bezahlt die Stadt an den Investor Raten, damit sie nach ca. 25 Jahren das Zentralbad erhält, auch hier sind die Kosten für die Stadt viel höher, als die Ausgaben des Investors, der in den 25 Jahren alle Einnahmen aus dem Zentralbad als Gewinn einstreicht. Zusammengefasst also ein Minusgeschäft für die Stadt und für die Menschen, die hohen Eintritt zahlen müssen, weil für einen Kapitalisten eben nicht eine sinnvolle, gesunde und sportliche Freizeitgestaltung der Menschen im Mittelpunkt steht, sondern der Profit.

„Unser Schwimmbad zu erhalten, müssen wir schon selber tun“

Und erfreulicherweise regt sich Widerstand. Es wurde von Anwohnern eine Bür-

gerinitiative zum Erhalt des Freibades gegründet, die Unterschriften sammelte und eine Demo zum Erhalt durchführte.

Auch wir, die SDAJ Kiel, sind aktiv geworden, geht es doch darum, die Interessen der Jugend zu verteidigen. Wir unterstützten die Demo für den Erhalt des Freibades Katzheide, halfen beim Sammeln der Unterschriften, machten Pressearbeit, um das Problem bekannter zu machen.

Noch ist offen, wie die Bädersituation am Ende in Kiel aussehen wird, aber eins ist klar: Wenn wir alle uns nicht dagegen wehren, dass Banken & Konzerne gemeinsam mit den Regierungen die arbeitenden und lernenden Menschen die Krise bezahlen lassen, wird es niemand tun. Und: Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren! (B. Brecht)

*Die Unihalle kann man kaum noch zählen, da die öffentlichen Schwimmzeiten gegen null tendieren. Außerdem haben Minderjährige unter der Woche ohne ihre Eltern keinen Zutritt. Darüber hinaus gibt es nur das Eiderbad und das Freibad in Schwentinental, die jedoch beide außerhalb des Kieler Stadtgebietes liegen und daher für viele Kieler schlecht zu erreichen sind.

J.L.

Pfingstcamp der SDAJ-Nord in Kiel!

Strike Back! Gemeinsam Kämpfen – gemeinsam Feiern – direkt am Falckensteiner Strand bei Kiel Drei Tage lang - vom 10.06. bis zum 13.6.2001 - wird gefeiert, gibt es Action satt, inklusive Zeltplatz und Essen dreimal am Tag - dazu Getränke zu Schüler-/Azubipreisen. Diskussion, Sport und Party stehen auf dem Programm: News aus dem sozialistischen Kuba, Hamburger Fünfkampf, Was tun gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Jugend, gegen Nazis und Krieg? Bericht aus Palästina, Fußballturnier etc.

Gesamtkarte: 25 €

Solikarte: 35€

Einfach mal vorbeischaun und mitmachen: kostenlos

Alle Infos auch unter: <http://pfingstcamp.blogspot.eu/> oder schreib uns ne Mail: sdaj-sh@gmx.de

Lateinamerika im Aufbruch!?

Politischer Reisebericht aus Peru, Ecuador, Venezuela und Kuba

Peru vor der Wahl – Wer und was kommt nach Alan Garcia?

Augenzeugenbericht vom Putsch in Quito, Ecuador – Wer stand dahinter und wie geht's weiter?

Wohin geht Venezuela? Nationale Souveränität, Diktatur oder Sozialismus?

Kuba: Hin zur Marktwirtschaft oder Sicherung der Errungenschaften der Revolution?

Drei junge Menschen waren für mehrere Monate ZeugInnen der politischen Veränderungen auf dem südlichen Teil des amerikanischen Kontinents. Gemeinsam mit der DKP-Kiel veranstalten wir in gemütlicher Runde einen **Foto- und Infoabend am Freitag, 29.04.2011, um 18:30 Uhr im Club M, Stadtfeldkamp 22**



Ich will mehr Infos über die DKP 

Name/Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an: DKP-Partei Vorstand • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Homepage: www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de

Liebe Kielerinnen und Kieler, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn diese Zeitung erscheint, befinden sich Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes des Bundes und der Länder, voraussichtlich auch des Städtischen Krankenhauses und wohl immer noch die Lokführer im Arbeitskampf. Unterstützt ihre gerechten Forderungen – zeigt ihnen eure Solidarität!

www.dkp-kiel.de

info@dkp-kiel.de